

SIEBEN PRINZIPIEN DER
RESTORATIVE JUSTICE
OvaHerero People's Memorial and
Reconstruction Foundation

Workshop mit
JEPHTA NGUHERIMO

1. Eine umfassende offizielle Entschuldigung

Die hartnäckige Leugnung des Genozids an den OvaHerero durch die deutsche Regierung wirkt retraumatisierend auf die Nachfahr*innen der Opfer und Überlebenden des Genozids von 1904–1908. Damit ihre Wunden heilen können, muss Deutschland eine offizielle und unmissverständliche Entschuldigung direkt an die Nachfahr*innen der Opfer und Überlebenden des Genozids richten. Der deutsche Staat muss aufhören, mit einer in den historischen Kontext eingebetteten Entschuldigung zu drohen. Eine solche Erklärung würde dem Heilungsprozess nicht dienen und könnte die Trauer der Nachfahr*innen der Opfer und Überlebenden des Genozids vertiefen. Deshalb fordert die OPMRF, dass Deutschland eine umfassende und unmissverständliche Entschuldigung direkt an die Nachfahr*innen der Opfer und Überlebenden des Genozids von 1904–1908 richtet. Die Entschuldigung muss offiziell vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden und sollte eine deutliche Darstellung der begangenen Verbrechen beinhalten.

2. Reparationen

Die deutsche Kolonialverwaltung zerstörte die kulturellen und sozialpolitischen Institutionen des Volks der OvaHerero und verhinderte in der Nachkriegszeit deren gesellschaftliche Wiederherstellung, indem sie den OvaHerero das Recht verweigerte, über Grund und Boden, Vieh und andere Besitztümer zu verfügen oder sich in Gruppen und Gemeinschaften zu versammeln. Außerdem konfiszierte die deutsche Kolonialverwaltung auf gewaltsame Weise Länderreien, Rinder, Ziegen und Pferde der OvaHerero und übergab diese an deutsche Siedler*innen.

Deshalb fordert die OvaHerero People's Memorial and Reconstruction Foundation (OPMRF), dass die Nachfolgeregierung Deutschlands dem Volk der OvaHerero Entschädigungen für den Verlust ihres Rechts an ihrem Eigentum, ihrem Grund und Boden sowie ihrem Vieh in Höhe des aktuellen Marktwerts der ihnen enteigneten Besitztümer zahlt.

3. Restitution

Die Kolonialbeamt*innen, Siedler*innen und Besucher*innen aus Deutschland plünderten Kulturgüter und heilige Friedhöfe, töteten und verstümmelten Menschen und exportierten deren sterbliche Überreste, die sich heute in Universitäten und Museen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern befinden.

Deshalb fordert die OPMRF, dass sich die deutsche Regierung zur Rückführung der gestohlenen Kulturgüter und sterblichen Überreste verpflichtet, die ohne Einwilligung des Volkes der OvaHerero entwendet wurden.

4. Umsiedlung

Die deutschen Kolonialtruppen erklärten dem Vernichtungsbefehl von Lothar von Trotha folgend wortwörtlich: „Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen.“ In der Folge flohen viele OvaHerero in Richtung Osten nach Angola, Botswana und Südafrika. Sie lebten in den Aufnahmeländern als Geflüchtete, die der Verfolgung entkommen waren.

Viele Überlebende und Nachfahr*innen hegen bis heute den Wunsch, in ihr Heimatland, das heutige Namibia, zurückzukehren.

Deshalb fordert die OPMRF, dass die deutsche Regierung sich finanziell zur Förderung eines Programms zur Umsiedlung der in den genannten Ländern ansässigen Nachkommen, die nach Namibia zurückkehren möchten, verpflichtet. Darüber hinaus muss sie sich verpflichten, ein gemeinschaftliches Programm zur finanziellen Rehabilitation der zurückkehrenden Nachfahr*innen der Überlebenden umzusetzen. Hierdurch sollen Gesundheitseinrichtungen, Schulen und landwirtschaftliche Programme (einschließlich der Finanzierung und Bohrung von Brunnen) geschaffen werden, die ihnen als Bürger*innen eine sinnvolle Tätigkeit ermöglichen.

5. Ökonomische Rehabilitation

Das Volk der OvaHerero wurde durch deutsche Kolonialtruppen vertrieben, und ein Großteil des weiten Gebiets, das für die Wiederansiedlung der Diaspora zur Verfügung steht, muss saniert werden, damit es bewohnbar und wirtschaftlich nutzbar wird und die Wiederkehrenden dort sinnvollen und produktiven ökonomischen Tätigkeiten nachgehen können.

Deshalb fordert die OPMRF, dass jedes Umsiedlungsprogramm zwingend von finanzieller, rechtlicher und wirtschaftlicher Unterstützung begleitet wird, die unter anderem die Bohrung von Brunnen, die Einzäunung der Gebiete sowie den Ausbau des Verkehrsnetzes in den Gebieten einschließt.

Die deutsche Regierung muss sich dem Gedanken der *Reparatory Justice*, also der ausgleichenden Gerechtigkeit, verpflichten, der einen umfassenden und gemeinsam mit den betroffenen Gemeinschaften entwickelten Rehabilitationsprozess einschließt.

6. Inklusive multilaterale Verhandlungen

Die bilateralen Verhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Namibias fanden unter Ausschluss der Nachkommen der Opfer und Überlebenden in Namibia, Botswana, Südafrika und anderen Ländern statt. Die Verfolgung und der ausdrückliche Befehl von General von Trotha, das Volk der OvaHerero aus dem sogenannten deutschen Gebiet zu vertreiben, führten zur Flucht der überlebenden OvaHerero nach Botswana, Südafrika und Angola. Bis zur Unabhängigkeit war es ihnen nicht gestattet, zurückzukehren. Die Nachfahr*innen der Opfer und Überlebenden leben weiterhin in den genannten Ländern, allerdings nach wie vor ohne klar definierten völkerrechtlichen Status. In Botswana werden viele als Bürger*innen angesehen, verfügen aber nicht über die vollen staatsbürgerlichen Rechte.

Deshalb fordert die OPMRF, dass sich die deutsche Regierung im Sinne der Versöhnung multilateralen Verhandlungen verpflichtet, die die Nachfahr*innen der Opfer und Überlebenden des Genozids von 1904–1908, ungeachtet ihres geografischen Aufenthaltsorts, miteinbeziehen. Im Rahmen solcher multilateralen Verhandlungen sollten die Afrikanische Union, die Vereinten Nationen und die regionalen Menschenrechtsorganisationen in beobachtender Funktion am Prozess teilnehmen

7. Rahmenbedingungen und Modalitäten für *Reparatory Justice*

Die Regierungen Deutschlands und Namibias führten ihre Verhandlungen über den Genozid ohne transparenten Rahmen. Den Verhandlungen fehlte es an einer grundlegenden Struktur, um die Communitys einzubeziehen und ihnen zu ermöglichen, dass sie ihre Anliegen und Stimmen auf angemessene Weise einbringen konnten. Außerdem mangelte es an einer ernstzunehmenden historischen Einordnung des Genozids, da das Verständnis der Materie nicht die notwendige Tiefe aufwies. Hieraus ergab sich 2021 eine gemeinsame Erklärung der beiden Regierungen, die von den Communitys und dem namibischen Parlament mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde.

Deshalb fordert die OPMRF, dass sich die deutsche Regierung gemeinschaftlichen Rahmenbedingungen und Modalitäten für einen Prozess der ausgleichenden Gerechtigkeit verpflichtet, die die betroffenen Gruppen, die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union sowie andere Interessengruppen und Akteur*innen miteinbezieht. Ein solcher Rahmen wird dazu beitragen, gerechte und einvernehmliche Grundsätze und Wege für konstruktive Verhandlungen zu schaffen.

Aus dem Englischen von Asal Dardan

Anmerkung der Redaktion: Anstelle eines Berichts stellen wir hier die Grundsätze vor, nach denen die Ovaherero People's Memorial and Reconstruction Foundation (OPMRF), der Nguherimo angehört, arbeitet.